



## **Geschäftsführung Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 25.09.2010

### **Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 10. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 23.09.2010**

#### **öffentlich**

#### **5.10 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten hier: Zuwendungsantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Erhöhung der Auszahlungsermächtigung in 2012 und 2013, und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung 3690/2010**

Ausschussvorsitzender Waddey stellt fest, dass die Dringlichkeit gegeben sei; gleichwohl handle es sich hier um eine Vorlage mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, die noch nicht in den Fraktionen beraten werden konnte, so dass er vorschläge, sie ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Hinsichtlich der angegebenen Deckung aus dem Teilfinanzplan 1202 bittet er noch um Mitteilung, welche Maßnahmen zurückgestellt werden.

BG Streitberger erwidert, dass es sich um die Maßnahme „Brücke Auenweg“ handle, d.h. die Verlängerung der Fuß- und Radwegerampe auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke über den Bereich der Rheinhallen in die MesseCity. Hier habe sich eine neue Sachlage ergeben, da die Deutsche Bahn erklärt habe, dass sie einen neuen Bahnsteig mit einem zusätzlichen Gleis bauen möchte. Dadurch habe sie jedoch einen zusätzlichen Flächenbedarf, so dass die gesamte – noch nicht fortgeschrittene - Planung mit der DB harmonisiert werden müsse. Die Verwaltung sehe jedoch auch die Chance, dass durch die Erweiterung nach Norden diese Rampe gut integriert werden könne. Zu den Beratungen des Haushaltsplanes 2012 werde die Verwaltung die hierfür erforderlichen Mittel mit den dann vorliegenden Erkenntnissen aus dem Verfahren MesseCity und Bahnhofserweiterung Deutz erneut vorlegen. Dass diese Mittel nun als Deckung herangezogen werden stelle somit keine Verhinderung des Projektes dar.

Weiterhin erläutert BG Streitberger, dass die Verwaltung zwei Alternativen zur Beschlussfassung vorschlägt. Kosteneinsparungen können zwar grundsätzlich geplant werden, indem die Oberflächen weniger aufwändig gestaltet werden, beispielsweise könne bei der Unterfahrung des Museums Ludwig auf eine neue Decke verzichtet werden. Er plädiere jedoch sehr dafür, dies nicht zu tun. Mit Hilfe des Bundes habe die Verwaltung die Chance, hier endlich einen würdigen Ort zu schaffen; es sollte daher genau überlegt werden, welche Qualität und welchen Standard man hier einbringe. Die Kostenschätzungen beruhen sicherlich noch auf einem frühen Stand der Planung; gleichwohl sei von Anfang an sehr intensiv mit dem Architekturbüro und einem Ingenieurbüro zusammen gearbeitet worden, so dass die Kostenschätzungen als seriös angesehen werden können. Der Förderantrag sei fristgerecht zum 15.09. gestellt worden; ein Ratsbeschluss am 25.11. reiche nicht, da die Fördermittel – Mittel aus dem Konjunkturpaket I - bereits im November ausgezahlt werden sollen.

RM Tull erkundigt sich, ob ein Beschluss über die teurere Variante Auswirkungen auf weitere Maßnahmen des Städtebaulichen Masterplans hätte. Ihre Fraktion hege die Befürchtung, dass bei einer entsprechenden Beschlussfassung keine Mittel mehr für andere Maßnahmen vorhanden seien.

BG Streitberger legt dar, dass die noch vorhandenen Mittel aus diesem und aus dem nächsten Jahr hierfür benötigt werden. Dies bedeute, dass für den Masterplan hoffentlich noch einiges an Planungsmittel übrig bleibe, jedoch nicht an Baumitteln. Es gebe aber durchaus Projekte des Masterplans, die in anderen Etats – beispielsweise beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik - veranschlagt seien. Er verweist hierzu auf die heutigen Beschlussfassungen der Maßnahmen Spichernstraße und Unter Sachsenhausen. Auch die Umgestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes und der Bereich um Kolumba seien aus seiner Sicht Maßnahmen i.S.d. Masterplans. Die Verwaltung sei auch künftig in der Lage, Maßnahmen umzusetzen; die Beteiligten des workshops vertreten jedoch die Auffassung, dass dem nun in Rede stehenden Projekt absolute Priorität eingeräumt werden sollte. Abschließend weist BG Streitberger darauf hin, dass die Bearbeitung des Projektes große personelle Kapazitäten binde. Diesbezüglich müssen insbesondere im Amt für Brücken und Stadtbahnbau noch weitere Überlegungen und Abstimmungen erfolgen.

#### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt